



Baden-Württemberg

VERTRETUNG DES LANDES BEI DER EUROPÄISCHEN UNION

Baden-Württemberg in Brüssel / Brüssel in Baden-Württemberg

I. Zu Wort gemeldet ...



**Neues europäisches Städte-
netzwerk *Cities for Children*:
europäische Großstädte
für mehr Kinder- und
Familienfreundlichkeit**

Wolfgang Schuster
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

35 Großstädte aus 17 europäischen Ländern haben sich seit der Gründung im Juni 2007 dem neuen Städtenetzwerk *Cities for Children* angeschlossen. Besonders herausheben möchte ich das große Interesse von Städten aus dem Baltikum sowie aus Mittel- und Osteuropa, die zurzeit fast ein Drittel der aktuellen Mitglieder des Netzwerkes stellen.

Initiiert von der Stadt Stuttgart und der Robert-Bosch-Stiftung bietet das europäische Städtenetzwerk seinen Mitgliedern eine Plattform, Erfahrungen und innovative Lösungen im Bereich der familienfreundlichen Kommunalpolitik auszutauschen. Die Förderung von kinder-, jugend- und familienfreundlichen Rahmenbedingungen in unseren Großstädten soll als Leitmotiv für die weitere Stadtentwicklung zu Grunde gelegt werden. Diese Strategie ist gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demographischen Wandels und der Globalisierung ein wichtiger Schritt, um die Zukunftsfähigkeit unserer europäischen Städte zu verbessern.

Mit der Unterstützung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates haben sich die Mitglieder in sieben Arbeitsgruppen zu Themen wie Bildung, Gesundheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Partizipation zusammengefunden. EU-weit werden Workshops stattfinden, moderiert von Bürgermeistern und kommunalen Experten. Schwerpunkt dieser Workshops wird der Austausch von erfolgreichen Projekten sowie die Diskussion von aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, denen sich die europäischen Städte stellen müssen, sein. Die Ergebnisse werden im Rahmen der nächsten Jahreskonferenz des Städtenetzwerkes am 6. und 7. Mai 2008 in Stuttgart einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Städte im europaweiten Austausch für Kinder, Jugendliche und Eltern - das ist Teil der gelebten EU, bürgerlich und zukunftsweisend!

II. Ihre Ideen sind gefragt!

Hier finden Sie eine Auswahl aktueller Stellen- und Projektausschreibungen auf europäischer Ebene sowie neuer Konsultationen der EU auf einen Blick.



**Auswahl neuer Aufforderungen
zur Einreichung von Projekt-
vorschlägen für EU-Fördermittel**

Erinnerung: Antragsfrist für das [EU-Städtepartnerschaftsprogramm](#) für Aktionen zwischen 1. April und 31. Mai 2008 ist der 1. Dezember 2007.

Jetzt schon vormerken: für Aktionen im Juni und Juli 2008 ist Antragsfrist der 1. Februar 2008!

[Unterstützung kultureller Projekte: literarische Übersetzung.](#) Frist: 1. April 2008

EU-Wettbewerb für junge Journalisten zum Thema EU-Erweiterung [„Enlarge Your Vision“](#).
Frist: 15. März 2008



**Auswahl neuer Konsultationen
der EU-Kommission zu neuen
Vorhaben auf EU-Ebene**

[Vorbereitung einer Folgenabschätzungsstudie](#) zur „Internalisierung externer Kosten“ im Transportbereich (z.B. Umwelt-, Lärm-, Gesundheits-, Klimawandel- und Staukosten). Frist: 31. Dezember 2007

Studie über die [wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der Artenvielfalt](#). Frist: 31. Dezember 2007

EU-System für die Überprüfung neuer [Technologien hinsichtlich ihrer Umwelteinflüsse](#).
Frist: 20. Januar 2008

Gemeinschaftsmaßnahme im Bereich [seltener Krankheiten](#). Frist: 14. Februar 2008

[„Gesundheits-Check“ der EU-Agrarpolitik](#).
Frist: Frühjahr/Sommer 2008



Auswahl neuer Stellenausschreibungen der EU o.a. Einrichtungen mit EU-Bezug

[Neues Informationsangebot des Auswärtigen Amtes:](#) Internationaler Stellen- und Personalpool mit der Möglichkeit zur Online-Registrierung

III. Aktuelles aus Brüssel und Baden-Württemberg

„Goldener Stern“ für Vorzeigeprojekt der EU geht auch nach Besigheim

Mit „Goldenen Sternen“ werden jedes Jahr von der EU-Kommission zehn beispielhafte Projekte aus ganz Europa ausgezeichnet, die bürgerliches Engagement in Verbindung mit EU-Themen fördern. Besigheim ist Partner der slowakischen Stadt Tekovské Lužany in dem Projekt „Citizens Together – Without Borders“.

Gute Nachricht für Baden-Württemberg aus Brüssel: EU-Mittel aus dem EU-Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in dreistelliger Millionenhöhe stehen bereit!

Die EU-Kommission bewilligte insgesamt 143,4 Mio. € an EFRE-Mitteln für 2007-2013. Mittlerweile sind alle Voraussetzungen für die Umsetzung des Programms gegeben, das „Innovation, wissensbasierte Wirtschaft und Cluster“ (65,4 Mio. €), „Nachhaltige Stadt- und Kommunalentwicklung“ (39,3 Mio. €), „Ressourcenschutz und Risikovermeidung“ (39,3 Mio. €) und „Technische Hilfe“ (5 Mio. €) als Schwerpunkte enthält. Am 28. November findet in Donaueschingen die Auftaktveranstaltung für die neue Förderperiode statt; für die EU-Kommission wird der zuständige Generaldirektor der GD Regionalpolitik, Ahner, teilnehmen.

Auch aus dem EU-Sozialfonds kann Land mit EU-Mitteln in Millionenhöhe rechnen!

Das Land rechnet für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und der Verbesserung der Chancen der nachwachsenden Generation auf dem Arbeitsmarkt mit 266 Mio. € aus dem EU-Sozialfonds für 2007-2013. Das Operationelle Programm des Landes unter dem Motto „Chancen fördern“ liegt der EU-Kommission vor. Die Entscheidung wird demnächst erwartet. Am 26. November fand die Auftaktveranstaltung zur neuen Förderperiode in Ludwigsburg statt.

Trotz Widerstand von deutscher Seite spricht sich EU-Parlamentsplenum für EU-Bodenschutzrichtlinie aus

Das EU-Parlament hat den Kommissionsvorschlag in 1. Lesung mit Änderungen angenommen. Die Mehrheit der deutschen EU-Abgeordneten wollte den Vorschlag zurückweisen, konnte sich aber nicht durchsetzen. Es könnte noch in diesem Jahr zu einer politischen Einigung im EU-Ministerrat kommen, so dass die Richtlinie evtl. nächstes Jahr nach Behandlung in 2. Lesung in Kraft treten könnte. Eine Sperrminorität im EU-Ministerrat ist derzeit nicht abzusehen.

13 Mio. € für deutsche Winzer aus Brüssel

Für das Wirtschaftsjahr 2007/2008 wurden 13,3 Mio. € von der EU-Kommission für Deutschland zur Umstrukturierung und Umstellung der Rebflächen bewilligt, zur Anpassung der Erzeugung an die Marktnachfrage.



„Gesundheits-Check“ der EU-Agrarpolitik im vollen Gange. Ziel ist die Vereinfachung und weitere Modernisierung der EU-Agrarpolitik

Der so genannte „Gesundheitscheck“ der EU-Agrarpolitik (GAP) wird, aufbauend auf den Reformen von 2003 und den seitdem gesammelten Erfahrungen, die Funktionsweise der Politik verbessern, um besser auf die neuen Herausforderungen und Chancen einer EU mit 27 Mitgliedstaaten einzugehen. Die bisherigen Reformen haben zwar zu einer Modernisierung der GAP geführt, aber der Gesundheitscheck bietet die Gelegenheit, die Überarbeitung dieses Politikbereichs noch einen Schritt weiter zu führen.

EU-Kommission: konkrete Pläne für 2008

Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2008 liegt jetzt auch auf Deutsch vor. Mittlerweile hat die EU-Kommission auch weitere Dokumente On-line gestellt, aus denen weitere Details hervorgehen.



Jacques Barrot

Vorgezogene Weihnachtsgrüße aus Brüssel: EU-Kommission will Infrastrukturprojekte im Land mit dreistelligem Millionenbetrag fördern

EU-Verkehrskommissar Barrot hat auf Grundlage des Berichts des EU-Koordinators Peter Balazs vorgeschlagen, dass die europäische Schienenmagistrale Paris-Straßburg/Kehl-Stuttgart-Ulm-München-Wien-Bratislava (Karte unten) im Rahmen des TEN-Mehrjahresprogramms 2007-2013 insgesamt mit 438,335 Mio. € gefördert werden soll. Der Engpass Ulm/Wendlingen bekommt 101,45 Mio. €, die Strecke Kehl/Appenweier erhält 26,95 Mio. € und das Projekt Stuttgart/Wendlingen einen EU-Zuschuss in Höhe von 114,47 Mio. €. Aber nicht nur die Magistrale, sondern auch die Rheintalschiene ist ein wichtiges verkehrspolitisches Projekt für Baden-Württemberg. Die Strecke Karlsruhe/Basel wird mit 94,50 Mio. € aus Brüssel bezuschusst; die Teilstrecke Frankfurt/Mannheim erhält von der EU 35,45 Mio. € – insgesamt also 129, 95 Mio. € EU-Mittel, die baden-württembergische Projekte auf der Rheintalschiene betreffen. Dieses prioritäre TEN Projekt schafft eine moderne Schienenverbindung von Rotterdam bzw. Antwerpen über Mannheim, Karlsruhe und Basel bis nach Lyon.



Peter Balazs





Neue Entwicklungen beim Thema (Arbeits-) Migration / EU-Blue-Card

Die Justiz- und Innenminister sowie Finanz- und Wirtschaftsminister der EU diskutierten in einer gemeinsamen Sitzung die Vorschläge der EU-Kommission zur (Arbeits-) Migration. Die Finanz- und Wirtschaftsminister betonten v.a. den wirtschaftlichen Nutzen der Einwanderung. Die Diskussion zeigte, dass die Auswirkungen der Einwanderung insbesondere auf die sozialen Sicherungssysteme zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, dass aber überall die Notwendigkeit gesehen wird, in den Bereichen Integration, Bildung, Arbeitsmarktpolitik und Gleichbehandlung begleitend tätig zu werden. Die Innen- und Justizminister betonten die Kompetenz der Mitgliedstaaten zur Bestimmung des Umfangs der Wirtschaftsmigration und sahen Prüfbedarf in Fragen des unterschiedlichen Bedarfs auf den Arbeitsmärkten sowie zur Erhaltung ausreichender Flexibilität für nationale Regelungen. In den weiteren Verhandlungen dürften die Definition von hochqualifizierter Beschäftigung sowie die Voraussetzungen für die Weiterwanderung in einen anderen Mitgliedstaat eine größere Rolle spielen. Für den 6. Dezember ist eine gemeinsame Sitzung der Innen- und Arbeitsminister geplant, dort sollen Fragen der legalen Migration und das Thema Bekämpfung illegaler Migration thematisiert werden. Weiter kündigte Portugal an, für den EU-Gipfel im Dezember eine Vorlage zum Thema Migration zu erarbeiten.



Weg frei für Wegfall der Grenzkontrollen zwischen „alten EU-Ländern“ und Vielzahl „neuer EU-Länder“ Mittel- und Osteuropas

Die EU-Minister stellten fest, dass neun der zehn in 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten bereit sind, die Bestimmungen von „Schengen“ anzuwenden. Damit sind nun die Voraussetzungen gegeben, die Binnengrenzkontrollen an den Land- und Seegrenzen am 21. Dezember 2007 und an den Luftgrenzen am 30. März 2008 (geplant) zwischen den alten und den neun neuen Mitgliedstaaten (ohne Zypern) aufzuheben.

Kroatien und Türkei auf ihrem Weg in die EU

Die EU-Kommission hat die jährlichen [Fortschrittsberichte](#) für verschiedene Beitrittskandidatenländer vorgelegt. Die Verhandlungen mit Kroatien schreiten gut voran. Bisher wurden 14 von 33 Verhandlungskapiteln geöffnet, davon sind zwei abgeschlossen (Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur). Im Fall der Türkei wurden vier der 33 Kapitel geöffnet, von denen „Wissenschaft und Forschung“ abgeschlossen ist. Die Türkei habe Fortschritte im politischen und wirtschaftlichen Bereich erzielt, wenn auch in geringerem Ausmaße als Kroatien, stellt die EU-Kommission fest.



EU-Drogenbeobachtungsstelle legt Bericht 2007 vor

Nach langjährigem Anstieg des Drogenkonsums stabilisiert sich die Lage in Europa auf hohem Niveau. Während es sich beim Heroin „einpendelt“, steigt allerdings der Kokainkonsum weiter.

EU-Minister verabschieden Entschließung über eine europäische Kulturagenda

In Zukunft werden die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen in kulturellen Angelegenheiten stärker zusammenarbeiten. Künftig wollen EU-Kommission und Mitgliedsstaaten die Fortschritte der gemeinsamen Ziele alle drei Jahre prüfen.

Portugal will Sichtbarkeit des Bildungsbereichs in der Lissabon-Strategie stärken

Auf Initiative der EU-Ratspräsidentschaft haben die EU-Bildungsminister [zwei Entschließungen](#) verabschiedet. Die Entschließung zur allgemeinen und beruflichen Bildung als wesentlich treibende Kraft der Lissabon-Strategie soll die Sichtbarkeit des Bildungsbereichs in der Lissabon-Strategie unterstreichen. U.a. sollen die strategische Rolle des Rates „Bildung“ im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung und die Zusammenarbeit mit anderen Ratsformationen gestärkt werden. Die Entschließung zum Thema „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ legt den Schwerpunkt auf praktische Schritte im Bildungsbereich, die den Bürgern bessere Erfolgsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt bieten sollen.

EU-Bildungsministerrat für Verlängerung des EU-Programms ERASMUS Mundus bis 2013 – mit kleinen Änderungen

Die Änderungen betreffen die Partnerschaften mit Institutionen aus Drittstaaten, die ganz oder teilweise aus anderen EU-Programmen finanziert werden, sowie die Einbeziehung von Doktoratsstudien. Jetzt wird die Positionierung des EU-Parlaments erwartet. Mit der endgültigen Entscheidung wird während der slowenischen Präsidentschaft im 1. Halbjahr 2008 gerechnet.



EU-Bildungsminister nehmen [Schlussfolgerungen](#) zur Verbesserung der Qualität der Lehrerbildung an

U.a. wollen die EU-Länder die Zusammenarbeit im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode ausbauen, um die gemeinsam formulierten Prioritäten für die Lehrerbildung zu fördern; bestehende Programme und Instrumente sollen genutzt werden, um wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf Lehrerbildung, Initiativen für wechselseitiges Lernen, innovative Projekte oder Mobilität zu fördern.



EU-Parlament fordert Sportunterricht als Pflichtfach mit mindestens drei Wochenstunden an Europas Schulen

Hintergrund des angenommenen [Initiativberichts](#) des EU-Parlaments ist die jährlich steigende Anzahl von übergewichtigen Kindern und die gleichzeitige Abnahme von Möglichkeiten der körperlichen Betätigung durch Sportunterricht. Um die Gesundheitsgefahren eines inaktiven Lebensstils bewusst zu machen, sollen die EU-Länder außerdem Informationskampagnen organisieren. Zur finanziellen Unterstützung, v.a. benachteiligter Regionen, sollen Mittel aus den EU-Strukturfonds eingesetzt werden.

[EU-Kommission für schnellere Einführung von Energietechnologien für eine Zukunft mit wenig Kohlenstoffemissionen](#)

Beim EU-Gipfel im März 2008 sollen die Vorschläge der EU-Kommission zur Sprache kommen. 2009 soll zur Überprüfung der Fortschritte ein EU-Gipfel für Energietechnologie stattfinden. [Fragen und Antworten zum Thema gibt's hier ...](#)

[Emissionshandel im Luftverkehr ab 2011?](#)

Das EU-Parlament sprach sich dafür aus, ab 2011 alle Flüge, die auf Flughäfen der EU starten und landen, in das EU-Emissionshandelssystem einbeziehen. Die EU-Kommission hatte ursprünglich vorgeschlagen, inner-europäische Flüge ab 2011 und Interkontinentalflüge ab 2012 in den Emissionshandel einzubeziehen.



[EU setzt sich für Schutz der Verbraucher vor irreführenden Flugangeboten im Internet ein](#)

Ermittlungen der EU-Kommission haben ergeben, dass über die Hälfte aller Websites von sowohl etablierten Fluggesellschaften Europas als auch von Billigfliegern Unregelmäßigkeiten aufwiesen; insbesondere hinsichtlich der Preisangaben, der Vertragsbedingungen und der Verständlichkeit der übrigen Konditionen. EU-Verbraucherschutzkommissarin Kuneva hat den betroffenen Unternehmen eine Frist von vier Monaten gesetzt, um ihre Websites mit geltendem EU-Recht in Einklang zu bringen. Sie warnte davor, dass sie – unabhängig von eventuellen rechtlichen Schritten – bei Bedarf nicht zögern werde, nach Ablauf dieser Frist säumige Unternehmen namentlich zu nennen.

EU-Kommission legt [Telekompaket](#) vor: bessere Kommunikationsmöglichkeiten für Europas Bürger durch mehr Wettbewerb

Es sollen insbesondere neue Frequenzen für drahtlose Breitbanddienste frei geschaltet werden, die von einer neuen EU-Aufsichtsbehörde reguliert werden. Ab 2009 sollen Verbesserungen in den Bereichen Verbraucherschutz, Angebotsvielfalt, Sicherheit und Verbesserung der Rechtsetzung erfolgen. [V.a. mit Blick auf eine neue EU-Regulierungsbehörde warnt Baden-Württembergs Europa- und Medienminister Stächele vor neuem Zentralismus aus Brüssel.](#)



[Sicherheit von Spielzeug: EU-Verbraucherschutzkommissarin Kuneva stellt Bestandsaufnahme zur Produktsicherheit vor](#)

Sie legte eine Reihe von Initiativen zur Verbesserung der Durchsetzung und Durchführung der derzeit in der EU geltenden Produktsicherheitskontrollen vor. Zu den in den nächsten Monaten vorrangigen Maßnahmen gehören eine gründliche Überprüfung der Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmen in der Spielzeuglieferkette (Abschluss im ersten Quartal 2008 geplant) und eine Reihe konkreter Schritte zur Intensivierung der risikobasierten Überwachung durch die nationalen Marktaufsichts- und Zollbehörden.

Neu: Es ist geplant, alle drei Jahre einen neuen EU-Jugendbericht zu erstellen

Der erste Bericht ist wohl für 2009 geplant.

IV. Personalialia



Wechsel beim EU-Rechnungshof

Das Mandat des derzeitigen deutschen EuRH-Mitglieds, Hedda von Wedel, läuft Ende 2007 aus. Der Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments hat sich als deren Nachfolger für den Juristen Harald Noack ausgesprochen. Noack ist derzeit Vize-Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands deutscher Banken und hat im Überwachungs-Ausschuss des EU-Anti-Betrugsamtes (OLAF) EU-Erfahrung gesammelt.



Gratulation: „Umtriebige Europäerin“ feiert am 15. Dezember ihren 70. Geburtstag



Die CDU-Politikerin Dr. Renate Heinisch aus Boxberg hat ihre Wurzeln in der Landespolitik, war von 1994 bis 1999 EU-Abgeordnete und ist heute Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

V. „Der Volltreffer“

Vatikan setzt Maßstäbe beim Thema CO₂

Der Sitz des Heiligen Stuhls kann sich als „CO₂-neutral“ bezeichnen. Grund ist die Anpflanzung von rund 15 Hektar Wald auf einem vom Vatikan gekauften Grundstück in Ungarn. In den nächsten 100 Jahren sollen rund 7.500 Tonnen CO₂ und damit der Jahresausstoß des knapp 800 Seelen zählenden Vatikanstaats absorbiert werden. So berichtet die Presse ...

VI. In eigener Sache

Filme aus Baden-Württemberg kommen auf internationalem Parkett gut an ...



Europa- und Medienminister Stächele eröffnete vor über 300 Gästen die „Belgien-Vorpremiere“ des Films „[Vier Minuten](#)“; die Produktion wurde durch die Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg gefördert. Der mit verschiedenen Preisen ausgezeichnete Film lief mittlerweile auch in belgischen Kinos an.

EU-Recht, Mobilität und Kohlendioxyd ...

"How much can the integrated approach contribute to Europe's cars CO₂ reduction policy?" Das diskutierten Experten des Forums für Automobil und Gesellschaft.

VII. Terminvorschau der Landesvertretung Brüssel



28.11. – „Das 3. Energiebinnenmarktpaket – Europas Energieunternehmen vor neuen Herausforderungen“ u.a. mit Vertretern der EnBW und EU-Energiekommissar Piebalgs.



4.12. – Präsentation des Sachverständigengutachtens 2007/2008 mit Wissenschaftsminister Frankenberg (li.) und ZEW-Präsident Franz (re.).



5.12. – Auswärtige Sitzung Verbraucherkonferenz der deutschen Länder mit deren Vorsitzendem Minister Hauk und den EU-Kommissaren Kuneva und Kyprianou.